

WIE FRÜHER, NUR SCHLIMMER - MALI UNTER IBRAHIM BOUBACAR KEITA

VON ISSA N'DIAYE

Seit seinem Amtsantritt im September 2013 ist Ibrahim Boubacar Keita (IBK) mittlerweile bei seinem dritten Kabinett angelangt. Malis politische Instabilität ist nicht zuletzt die Folge eines Regierungssystems, bei dem der Präsident und sein Familienclan alle Zügel in der Hand halten. Fehlende Perspektiven verschlechtern das politische, ökonomische und soziale Klima zunehmend. Soziale Unruhen haben bereits zu bewaffneten Zusammenstößen mit den Sicherheitskräften geführt – sei es mit Goldwäschern aus den Bergbaugebieten oder mit Bauern, die von ihrem Land vertrieben wurden. Die Situation gleicht einem Dampfkessel kurz vor der Explosion. Daher ist es höchste Zeit in einen Dialog einzutreten und es der Bevölkerung Malis zu ermöglichen selbst über ihre Zukunft zu entscheiden.

Innerhalb von weniger als zwei Jahren hat Ibrahim Boubacar Keita seinen dritten Premierminister berufen. Die überwältigende Mehrheit seiner Wähler_innen ist inzwischen skeptisch bis ernüchtert. Gleiches gilt für die meisten seiner Unterstützer_innen im Ausland.

Der erste Premierminister, Oumar Tatam Ly, hat bereits im April 2014, nur sechs Monate nach seiner Ernennung, wegen des Mangels an politischem Handlungsspielraum das Handtuch geworfen. Sein Rücktritt wirft ein bezeichnendes Licht auf den Regierungsstil des neuen Präsidenten. Er hat alle Zügel an sich gerissen und alle Schlüsselpositionen mit seinen Leuten besetzt. Wichtige Ernennungen werden über den Kopf des Premiers hinweg vollzogen. Aufgabenteilung und Hierarchie werden innerhalb der Regierung nicht respektiert – manche Minister haben sogar direkten Zugang zum Präsidenten. Als Ly erkannte, dass er keinerlei Einfluss auf welche Entscheidungen auch immer hat, gab er auf, sah der Realität ins Auge und schlug die Tür hinter sich zu. Ein Paukenschlag, der das ganze System von IBK bloßstellte.

Der zweite Premierminister, Moussa Mara, wurde bereits kurz nach seiner Ernennung Opfer einer politischen Fehde zwischen einem Teil der Partei und dem Präsidentenclan. Als Vorsitzender einer der kleineren Regierungsparteien innerhalb der Koalition fehlte ihm von Anfang an die Unterstützung der Präsidentenpartei RPM (Rassemblement Pour la République), welche das Amt des Premierministers für einen ihrer Parteigranden gefordert hatte. Seine Rolle als Chef der Regierungskoalition wurde von Beginn an immer wieder in Frage gestellt. Geschicktes politisches Taktieren führte schließlich zur Ernennung eines Koalitionsführers aus den Reihen des Präsidenten, der zwar Mitglied im Parteivorstand, jedoch ohne parlamentarischen Mandat war. Diese Ernennung selbst war am Parteivorstand vorbei entschieden worden. Im Kreuzfeuer zwischen der Opposition und der Partei des Präsidenten gefangen, räumte auch Moussa Mara nach nur acht Monaten seinen Schreibtisch. Ob der im Januar 2015 ernannte dritte Premier, Modibo Keita, diesem Schicksal entrinnen kann, bleibt abzuwarten.

Angesichts dessen wächst die politische Instabilität. Sie ist nicht zuletzt Folge des geradezu sinn- und ziellosen Lavierens dieser Regierung. Welcher Logik folgt ihr Handeln?

Bei genauerer Betrachtung wird offenbar, dass der Wille des Präsidenten alles bestimmt. Das geht so weit, dass dieser ganz allein über die Zusammensetzung der Regierung entscheidet ohne die eigene Koalition oder zumindest die eigene Partei zu informieren, geschweige denn mit einzubeziehen. Die Entscheidung über das Amt des Premierministers ist mittlerweile Vorrecht des Präsidenten. Dabei widerspricht es schlicht dem Geist der Verfassung und den elementaren Grundsätzen der Demokratie, dass ein Präsident Premierminister ernennt, die weder über Unterstützung im Parlament, noch in der Partei verfügen. Aber warum beugt sich das Parlament den präsidialen Entscheidungen, wo doch die Kontrolle der Exekutive zu seinen elementaren Aufgaben gehört? Die Nationalversammlung hat schließlich das verfassungsgemäße Recht, Entscheidungen des Präsidenten anzufechten. Will man den Ursachen auf den Grund gehen, muss man weit in die Vergangenheit zurückblicken, bis zur Einführung der «Demokratie» in den 1990er Jahren.

Diese Praxis hat ihren Ursprung in der Amtszeit Alpha Oumar Konarés. Schon Konaré war sehr erfolgreich darin, Premierminister und die Besetzung der Regierungsposten gegen eine Mehrheit im Parlament

durchzudrücken. Die Nationalversammlung gab jedes Mal nach und untergrub so die demokratischen Institutionen und Werte. Amadou Toumani Touré (ATT), der Nachfolger Konarés, setzte diese Tradition fort und leistete sich sogar den Luxus, sich ganz von jeglicher Rücksichtnahme auf die Parteien zu befreien. Regierungsbildung und Ernennung des Premiers waren allein von seinem Wohlwollen abhängig. Er war niemandem Rechenschaft schuldig und schuf so eine Kultur der «demokratischen Diktatur», welche IBK nun fortführt. Die verschiedenen Präsidenten, die zwischen 1992 und heute gewählt wurden, tragen jedoch nicht allein die Schuld an diesen Fehlentwicklungen. Es bedurfte auch des Mitwirkens der Parlamentarier, die sich zu Komplizen dieser antidemokratischen Praktiken machten, indem sie die Funktionsfähigkeit demokratischer Einrichtungen und das Gleichgewicht zwischen den Institutionen unterminierten.

...UND IMMER SO WEITER

Genaugenommen steht die Regierungsumbildung im Januar 2015 unter keinem guten Stern. Es begann mit Bah N'Daw. Der Rücktritt einer so integren Persönlichkeit, nach nur sieben Monaten im Amt (seit Mai 2014), ist mit Sicherheit kein gutes Zeichen. Er war angetreten, die Armee wieder aufzubauen und vor allem die Disziplin wieder herzustellen. Er sah sich aber zum Rücktritt gezwungen, um keine Entscheidungen mittragen zu müssen, die seinen soldatischen Werten widersprochen hätten. Kurz nach seinem Rücktritt und dem des Premierministers wurden Rüstungsaufträge, die diese eingefroren hatten, freigegeben. Presse und internationale Finanzinstitutionen haben die überzogenen Kosten angeprangert. Warum schweigen die Geldgeber jetzt so eisern, wo sie doch zunächst entgegen allen Erwartungen und zur Überraschung aller Beobachter so vehement protestiert haben, welche Ziele verfolgen sie wirklich? Ging es ihnen wirklich um den vernünftigen Umgang mit öffentlichen Mitteln oder vielmehr darum, die Regierung weiter zu schwächen, um sie so in wichtigeren Fragen, wie der Zukunft Nordmalis, gefügiger zu machen? Das hat offenbar funktioniert. Die Regierung leistet mittlerweile selbst den geringsten Forderungen der ausländischen Mächte willfährig Folge.

Einen weiteren Rückschlag stellt der Ressortwechsel von Mohamed Aly Bathily dar. Der ehemalige Justizminister hat es gewagt, mit dem Bestehen auf konsequenter Aufklärung und fairer Rechtsprechung das Rechtswesen zu erschüttern.

Drittes und jüngstes Beispiel ist der Rücktritt der Bildungsministerin Jaqueline Nana Togola, die der Mafia rund um private Schulen und gekaufte Examen einen Schlag versetzt hatte. Dies wurde ihr offenbar übel genommen und schlussendlich musste sie ihren Platz räumen. Die einst angeklagten Mafiosi wurden dagegen mittlerweile wieder auf freien Fuß gesetzt, ohne dass sie weitere Konsequenzen zu befürchten hätten. Manche von ihnen haben sogar wieder ihre alten Stellen zurückbekommen als wäre nichts gewesen. Schlimmer ist jedoch, dass nun wieder jene Männer hofiert werden, die in dem mafiösen System, welches das gesamte Bildungssystem durchdringt, schon seit Jahren die Strippen ziehen.

Auch andere Minister wurden in einer Affäre um überhöhte Staatsausgaben «geopfert». Ihnen wurde allerdings wohl eher ihre Loyalität zum Präsidenten, bei dem die eigentliche politische Verantwortung für Veruntreuungen zu suchen ist, zum Verhängnis. Dass die Wahrheit aber jemals ans Licht kommt, darf angesichts der langen Tradition der Straffreiheit in Mali jedoch bezweifelt werden. Kaum hinausgeworfen, kommen die meisten Übeltäter schon wieder auf Umwegen in politische Ämter. Darauf deuten jedenfalls aktuelle Ernennungen hin.

Als Fazit bleibt der Fakt, dass die Regierung sich mittlerweile von ihren ersten Bemühungen um eine wirkliche Staatsreform weit entfernt hat. Doch das trifft noch nicht den Kern des Ganzen. Schwerer wiegt, was das malische Volk von seiner Regierung hält. Denn dessen Erwartungen wurden wieder einmal zutiefst enttäuscht. Man muss sich allerdings fragen, ob sich IBK dessen überhaupt bewusst ist und in welchem Licht er sich selbst sieht. Dabei ist zu seiner Verteidigung zu betonen, dass er ein desaströses Erbe antrat, als er an die Macht gelangte: Mali ist ein gescheitertes Land, ein «failed state». Aber sollte er nicht gerade in dieser Situation den Mut zur Reform aufbringen und etwas gegen die Misere tun? Das ist unabdingbar und doch er tut es nicht. Entweder hat er es in der Euphorie seines Wahlsiegs vergessen oder er hat zu große Angst, Probleme anzupacken, an denen er sich selbst die Finger verbrennen könnte. Nicht wenige seiner Mitstreiter_innen sind tief in das klientelistische System verstrickt, das aus Zeiten ATTs fortbesteht.

Als es schließlich die Möglichkeit gab ATT vor ein nationales Tribunal zu stellen, ließ IBK den Augenblick ungenutzt verstreichen. Heute ist diese Chance unwiederbringlich dahin. Hätte der Präsident den politischen Willen gehabt, der Lauf der Geschichte wäre sicher ein anderer gewesen. Es bestand die Chance auf eine historische Wende, auf die die Malier_innen mit seinem Amtsantritt gehofft hatten. Doch warum hat er

nicht den von ihm erwarteten Bruch mit dem alten System vollzogen, den er doch selbst angekündigt hat? Handelt es sich um mangelnden politischen Willen oder um Geschichtsvergessenheit? Oder ist es einfach nur Charakterschwäche? Vielleicht ist es aber auch dieses erbarmungslose System, mit dem er sich konfrontiert sah und welches er nicht wagte in Frage zu stellen. Vielleicht ist er aber auch einfach selbst in jeder Hinsicht ein Produkt dieses Systems. Was tun? Wo anfangen unter Bedingungen, unter denen die Zahl der Probleme ständig wächst und ihre Kompliziertheit zunimmt? Wie weiter, Mali?

Die Verzweiflung vieler Malier_innen angesichts einer großen Perspektivlosigkeit tritt mittlerweile offen zu Tage. Versuchen wir deshalb etwas Klarheit in die politische Situation und die innen- und außenpolitischen Herausforderungen zu bringen.

Die von IBK verpasste historische Wende, hätte einer eingehenden Analyse der Lage der Nation bedurft. Nur so hätte er am Ende seiner Amtszeit vielleicht eine insgesamt positive Bilanz ziehen können, selbst wenn manches hinter den Erwartungen der Bevölkerung zurückgeblieben wäre. Die wirklichen Probleme des Landes hätten so wenigstens benannt und diagnostiziert werden können. Und er hätte zumindest jene Kritiker zum Schweigen gebracht, die die anhaltende Krise mit zu verantworten haben. Dafür hätte er sich allerdings zumindest von den dubiosesten Typen unter seinen Weggefährten trennen müssen. Aber was ist die Vision dieses Mannes, was treibt ihn um? Die Ausübung von Macht ist vor allem eine Teamaufgabe, aber ganz offensichtlich besitzt IBK kein Team. Will er das überhaupt? Im Land und in seiner Partei mangelt es kaum an kompetentem Personal, um die Misere zu überwinden und die Probleme sind ihm größtenteils bekannt. Was soll man deshalb davon halten, dass er weiterhin die korruptesten Persönlichkeiten in seine Regierung beruft. Ist er der Gefangene eines bereits mit der Mehrparteiendemokratie eingeführten räuberischen Systems? Jenseits all dieser Fragen bleibt lediglich die deprimierende Feststellung, dass IBK den Neuanfang verpasst hat, den er versprochen hatte.

PROBLEME IM NORDEN

Oft werden die Probleme im Norden Malis so betrachtet, als beträfen sie nur diesen Landesteil. Dabei wird jedoch übersehen, dass die eigentlichen Wurzeln allen Übels die herrschende Klasse und die Beschaffenheit des malischen Staates an sich sind. Es gibt auch keine speziellen «Probleme des Nordens». Mali leidet unter einem grundlegenden Systemdefekt. Diese bittere Wahrheit muss ausgesprochen werden, wenn es besser werden soll.

Die Bürger_innen Malis verlangen vor allem Frieden, Sicherheit und soziale Gerechtigkeit. Sie wollen das Ende eines Systems von Familienclans, die das Land seit mittlerweile vierzig Jahren ausschließlich zu ihrem eigenen Wohl und dem der Eliten in Politik, Militär und Verwaltung regieren, welche die Macht seit der Einführung der Mehrparteiendemokratie erst recht an sich gerissen haben. Wenn sich manche von ihnen im Norden als Warlords gerieren, um ihren Teil vom Kuchen abzubekommen, berührt das die Mehrheit der Bevölkerung weder im Norden noch im Süden. Sie bleibt weitestgehend von einer gerechten Teilhabe am Reichtum des Landes ausgeschlossen. Die Antwort des Staates auf die Machtgelüste regionaler Eliten war immer, jene zu korrumpieren, die zu den Waffen griffen. Die umverteilten Pfründe stillten deren Appetit aber jeweils nur auf Zeit, bis zum nächsten Aufstand oder es erhoben sich Andere, die gleichfalls ihren Anteil sichern wollten. Durch die Gewährung solcher Vorzugsrechte, erschuf man stets neue privilegierte Schichten. Hinzu kommen die Interessen ausländischer Akteure, die diese Eliten für ihre geopolitischen und geostrategischen Ziele ausnutzen.

Die maßlose Gier ruft indes immer mehr Akteure auf den Plan: Anrainerstaaten (die ebenfalls politisch instrumentalisiert sind), arabische Mächte (sowohl als eigenständige Akteure, aber auch als willfährige Komplizen) und nicht zuletzt die westlichen Staaten, die schon immer die Fäden hinter den Kulissen jener blutigen Konflikte zogen, welche Afrika zerreißen, weil es das Pech hat weltweit begehrte Bodenschätze zu besitzen. Die Wahlversprechen des Kandidaten IBK ließen auf das Ende dieser «Apartheid» hoffen, die nicht so genannt wurde. Alle erwarteten Gerechtigkeit, Frieden und Sicherheit im Rahmen nationaler Souveränität. Mit dem Amtsantritt IBKs erhoffte man sich den Beginn eines neuen Führungsstils und die Durchsetzung der Autorität des Staates. Gleichzeitig versprachen sich viele mehr Chancengleichheit und die Gleichbehandlung aller. Den vollmundigen Bekundungen von Standhaftigkeit und Prinzipientreue sind jedoch kaum Taten gefolgt. Dafür hätte es kohärenten und wohl überlegten Handelns bedurft. Stattdessen wurde die Gelegenheit verpasst, die Bevölkerung einzubinden, um gemeinsam einen neuen Rahmen für ein friedliches Zusammenleben zu schaffen.

Das zögerliche und widersprüchliche Vorgehen in den Regionen hat indessen weiteres Misstrauen gesät. Das Volk begegnet dem Staat zunehmend reserviert. Er wird beschuldigt, ausländischen Mächten Zugeständnisse zu machen, die den nationalen Interessen widersprechen. In den Augen vieler wurde die altbekannte Praxis der Straffreiheit erneut bestätigt, als im Austausch gegen französische Geiseln sukzessive Gefangene freigelassen wurden, die damit nicht mehr für ihre Verbrechen vor Gericht gestellt werden konnten. Die stillschweigende Reintegration von ehemaligen Deserteuren – gegen den ausdrücklichen Willen der Kommandierenden der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte – verstärkt das allgemeine Gefühl der Wut und des Misstrauens nur noch.

Als der ehemalige Verteidigungsminister es vorzog, sein Amt niederzulegen, statt Entscheidungen zu treffen, ließ der Volkszorn nicht lange auf sich warten. Die Protestmärsche wurden jedoch manipuliert, untersagt oder im Keim erstickt. Die Empörung droht derweil in Selbstjustiz umzuschlagen. Durch die wachsende Unsicherheit und die Straffreiheit für bekannte Verbrecher, gelangen immer mehr Menschen zur Überzeugung, sich selbst verteidigen zu müssen. Die steigende Zahl lokaler und «ethnischer» Milizen spricht Bände. Waffenschmuggler reiben sich ob der massiven Wiederbewaffnung die Hände. So wird der Boden bereitet für den neuen Aufstieg von Warlords, für die das Gewehr nur ein Mittel ist, um das eigene Auskommen auf Kosten der Bevölkerung zu sichern.

Statt ihn zu verhindern, wird dadurch ein Bürgerkrieg immer wahrscheinlicher. Und da auch die internationalen Streitkräfte weiter davor zurückschrecken, eine effektive Entwaffnung durchzusetzen, wird sich die Lage keinesfalls beruhigen – eher im Gegenteil. Das Tabankort-Abkommen zwischen MINUSMA¹ und MNLA², illustriert sehr gut, wie zweischneidig die UN-Mission in Mali ist.³ Wenn eine internationale Organisation souveräner Staaten mit bewaffneten Rebellen ein Abkommen schließt, die die Souveränität eines dieser Mitgliedsstaaten in Frage stellen, muss man sich Gedanken über die wirklichen Ziele der UNO in Mali machen. Denn so wird sie mitverantwortlich für die Zerschlagung des Landes, die von Frankreich und anderen westlichen Mächten unter dem Deckmantel einer Friedensmission forciert wird. Dass Frankreich der malischen Armee während der Operation Serval den Zugang zu Kidal zu verwehrte, hat zusammen mit gemeinsamen Patrouillen von MLNA und französischer Armee, vielen ein Augen geöffnet. Mit dem neuesten Abkommen zwischen MINUSMA und MNLA riskiert die UNO sich nun endgültig unglaublich zu machen. Das Schweigen der malischen Regierung ist diesbezüglich geradezu ohrenbetäubend. Das abgekartete Spiel zwischen den internationalen Streitkräften und der MNLA, lässt für die Bevölkerung im Süden nur den Schluss zu, dass Waffengewalt der einzige Weg zurück an den Verhandlungstisch ist.

Die Einigung bei den Vorverhandlungen in Algier ist den kriegsführenden Parteien, einschließlich Mali selbst, aufgezwungen worden. Dies geschah über die Köpfe der betroffenen Parteien hinweg. Es ist von vornherein klar, dass die Mehrheit der beteiligten Akteure die Ergebnisse dieser Verhandlungen niemals akzeptieren wird, weil den bewaffneten Rebellen umfangreiche Vollmachten eingeräumt werden, während die nationalen Interessen kaum Beachtung finden.⁴ Die veröffentlichten Stellungnahmen und Presseerklärungen zeigen die massive Ablehnung, die den Vorvereinbarungen von allen Seiten entgegenschlägt.

Unter dem Feuer der Kritik derer, die sich als Verlierer seiner Politik sehen, sucht IBK sein Heil darin die Forderungen der internationalen Gemeinschaft, insbesondere die Frankreichs, zu befriedigen. Und so wird er selbst zum Getriebenen sowohl der westlichen Mächte, als auch der eigenen Bevölkerung. So lange er jedoch die Rückendeckung Frankreichs hat, wiegt er sich vor dem Zorn der Seinen in Sicherheit. Ein gewisser Compaoré hat dies auch getan – es ist ihm schlecht bekommen.

¹ Mission multidimensionnelle intégrée des Nations unies pour la stabilisation au Mali (Multidimensionale, integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali), Name der UNO-Friedensmission.

² Mouvement National de Libération de l'Azawad (Nationale Bewegung zur Befreiung des Azawad), Name einer Separatistenbewegung in Nord-Mali.

³ Am 19. Januar 2015 haben MINUSMA und MNLA ein Abkommen unterzeichnet, um eine temporäre Sicherheitszone einzurichten in einem Gebiet von zehn Kilometern zwischen Tabankort und Anéfis, vor Kidal gelegen, welches von der MNLA beherrscht wird. Dieses würde dazu führen, dass GATIA (Gruppe zur Selbstverteidigung der Imghad-Tuareg und ihrer Verbündeten), die in Gegnerschaft zur MNLA steht, aus den von ihnen kontrollierten Gebieten vertrieben würde, aus denen sie zuvor die MNLA mit Waffengewalt vertrieben hat. Nachdem das Abkommen geschlossen wurde, demonstrierte die Bevölkerung vor dem Sitz der MINUSMA in Gao am 20. Januar 2015. Dabei wurden vier Menschen durch Gewehrkugeln getötet.

⁴ Das Dokument über die Vorverhandlungen in Algier, das die Mediationsgruppe dem malischen Staat und den Rebellengruppen unterbreitet hat, beinhaltet hauptsächlich einen besonderen institutionellen Status für den Norden Malis. Außerdem beinhaltet es eine Quote für Nordmalier im öffentlichen Dienst und räumt den traditionellen und religiösen Autoritäten Vorrechte ein. Die Regierung Malis und die Rebellengruppen haben wichtige Vorbehalte gegen dieses Dokument vorgebracht, das im Zentrum der Verhandlungen in Algier steht.

Essentiell für das Verstehen der Lage sind auch die ökonomischen und finanziellen Ursachen der separatistischen Rebellion. Hinter großspurigen Worthülsen und dünner religiöser Tünche verbirgt sich in Wahrheit ein Krieg um die Kontrolle der Schmuggelrouten für Waffen, Munition und vor allem Drogen. Man darf sich diesbezüglich keine Illusionen machen. Die gesamte politische Ökonomie der Rebellion beruht mittlerweile auf dem Drogenschmuggel, der zur zentralen Einnahmequelle der Separatistengruppen geworden ist. Dies hat inzwischen auch Auseinandersetzungen zwischen den Rebellengruppen provoziert, wofür die Gefechte um Tabankort im Januar 2015 eine traurige Illustration bieten.⁵

Aber finanzielle Interessen gibt es nicht nur im Norden, sondern auch und vor allem im Süden. Die Geldgeber der Rebellengruppen sind nämlich nicht nur unter den Erdölmonarchien der Golfstaaten, in Europa und in den Nachbarländern Malis zu suchen. Viele der Unterstützer befinden sich im eigenen Land. Sie sind es die die lückenlose Versorgung der Rebellen sicherstellen und sie machen damit ein gutes Geschäft. Auch wenn der Krieg enorme Opfer unter der Bevölkerung fordert, so ernährt er doch zumindest die Schreibtischtäter in den staatlichen Institutionen. Unter diesen Umständen wird die Ausrottung des Drogenhandels schier unmöglich. Die riesigen Summen die er abwirft, lassen sich kaum zurückverfolgen und entziehen sich jedweder staatlichen Kontrolle. Der Drogenschmuggel finanziert die geheimen Kriege bestimmter globaler Akteure und befindet sich im Zentrum der Geldströme des internationalen Finanzsystems. Er ist mittlerweile zur Lebensgrundlage für einige Akteure in den nationalen Sicherheits- und Verwaltungsapparaten in Mali geworden.

DESPOTISCHER FÜHRUNGSSTIL UND DESASTRÖSE PERSONALENTSCHEIDUNGEN

Der von IBK verpasste Neuanfang spiegelt sich in der Auswahl seiner Regierungsmannschaft wider. Als die Besetzung seines ersten Kabinetts bekannt wurde, war dies selbst für einige seiner treuesten Anhänger ein Schock. Nicht wenige wollten an ein Versehen glauben, das schnell korrigiert würde. Die alte Garde aus der Zeit von Alpha Oumar Konaré und ATT fand sich allesamt auf wichtigsten Posten wieder. Was sollten diese Typen noch zum Neuanfang beitragen können? Nicht viel, so viel steht fest! Auf Kosten von kompetenten und integren Kandidaten wurde Personen der Vorzug gegeben, die zum Teil bis in die Reihen der eigenen Partei diskreditiert sind. Was die Öffentlichkeit jedoch am meisten empörte, war die Rückkehr der Familie ins Zentrum der Macht. Aus dem Wahlslogan «Mali zuerst» wurde die Losung «Meine Familie zuerst».

Zur Erinnerung: das letzte Mal nahm die Vetternwirtschaft solche Ausmaße in der Zeit nach dem Staatsstreich von 1968 an, als die Einparteiendiktatur von Moussa Traoré eingeführt wurde. Sie trieb derartige Blüten, dass die Ehefrau des Präsidenten de facto eine Art «Präsidentin der Frauen» darstellte. Der Rest der Familie durfte derweil selbstverständlich auch nicht leer ausgehen. Privatwirtschaftliche Initiativen waren ohne den Segen des Präsidentenclans unmöglich. Die meisten Unternehmer verkamen so zu dessen Strohmannern und bildeten das Fundament seiner Macht. Die Folgen sind allgemein bekannt.

Nach dem Fall des Regimes 1991 bemühte sich Alpha Oumar Konaré zunächst, dem ein Ende zu setzen. Während seiner zwei Amtsperioden achtete er penibel darauf, private von öffentlichen Angelegenheiten zu trennen. Dies gereicht ihm zu Ehre, überdauerte jedoch nicht das Ende seiner Amtszeit. Mit ATT gewann der Familienclan bereits wieder an Stärke und riss die Kontrolle der nationalen Wirtschaft erneut an sich. Die Gier erklimm ungekannte Höhen. Die Staatskasse wurde zum Selbstbedienungsladen und nach deren Plünderung folgte ein allgemeines Rette-sich-wer-kann. Die veruntreuten Gelder wurden in Immobilien, Drogenschmuggel und Geiselnahmen investiert und im großen Stil auf Konten im Ausland gewaschen. Die wiederholten Erklärungsversuche überzeugen heute niemanden mehr. Die gängige Ernennungspraxis für Führungspositionen hat auch noch die optimistischsten unter denen enttäuscht, die noch an einen Bruch mit dem alten System glaubten. Die jüngste Regierungsumbildung hat daran nichts geändert. Die Vergabe ranghoher Posten bleibt auch weiterhin den Gesetzen der Vetternwirtschaft unterworfen. Selbst für Parteikader gilt: Wer nicht über das Wohlwollen des Familienclans verfügt hat keine Aussicht auf Posten.

Die despotische Amtsführung IBKs offenbart sich jedoch in seinen Personalentscheidungen selbst. Ob dies aus bloßer Unkenntnis oder aus Ignoranz gegenüber der Inkompetenz des eingesetzten Personals geschah oder ob IBK mittlerweile nicht mehr Herr seiner Entscheidungen ist, lässt sich nicht sagen. Wie man es auch wendet, man wird das traurige Gefühl nicht los, dass einmal mehr eine historische Chance verpasst wurde. Der Mangel an Politiker_innen, die fähig sind, strategische Entscheidungen zu treffen und durchzusetzen, bleibt weiterhin eines der zentralen Probleme Malis. Die aktuelle Krise lässt sich nicht ohne die

⁵ Vgl. <http://www.24hactu.info/nord-du-mali-violents-combats-en-cours-les-groupes-armes-tabancor/>.

Unfähigkeit des politischen Personals verstehen. Unglücklicherweise ist die gegenwärtige Krise eben wegen dieser Unfähigkeit gerade deshalb so weit davon entfernt, gelöst zu werden. Wenn die Zügel der Macht weiter in den Händen einer Klasse von inkompetenten Schmarotzern liegen, bleiben die Fähigen, Aufrichtigen und Patrioten – die es auch gibt – dazu verdammt Randfiguren zu sein und solange gibt es auch kein Licht am Ende des Tunnels. Es bedürfte wirklichen Mutes und echten politischen Weitblicks.

Die Despotie IBKs erstickt alle Hoffnungen, weigert er sich doch sogar seine eigene Partei an der Macht teilhaben zu lassen. Alpha Oumar Konaré hatte einst die demokratische Tradition etabliert, dass ein gewählter Präsident sich aus der Leitung seiner Partei zurückzieht, um so zumindest symbolisch Präsident aller Malier zu sein. Stattdessen führt IBK seine Partei weiter und sein Familienclan ersetzt weiterhin den Parteivorstand. Das Politbüro der RPM ist restlos ausgeschaltet, wenn man mal vom Zugriff auf die Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung absieht. Die Zusammensetzung des Kabinetts musste es gar aus dem Fernsehen zur Kenntnis nehmen. Handverlesene Männer, allesamt Mitglieder in den verschiedenen Kabinetten unter IBK, werden auch weiterhin die Macht fest in ihren Händen halten. Sie haben viele Geheimnisse; welche, das könnte nur IBK allein offenbaren. Er wird sich aber wohl auch weiter davor hüten zu reden, bleibt er doch trotz all seiner Beteuerungen, weiter Gefangener der Macht. Der Machthunger der Eliten ist spätestens seit dem Regierungseintritt der ADEMA, der Partei Alpha Oumar Konarés, legendär. Als Meister der Intrige und der Täuschung sind die «alten Männer» mittlerweile zu den Stützfeiern der Politik geworden, während sie innerhalb der Partei kein offizielles Mandat bekleiden. Das betrifft jedoch nicht nur die RPM allein. Machthunger ist tief in das politische Erbgut der meisten Parteien und Institutionen eingeschrieben. Man muss das gesamte System in allen Teilen in Frage stellen und es einer Schocktherapie unterziehen, um all die krankhaften Auswüchse zu bekämpfen, die sich seit den 1990er Jahren entwickelt haben.

KAMPF GEGEN KORRUPTION UND DIE NEUORDNUNG DER JUSTIZ

Eines der großen Themen des angekündigten Wandels unter IBK war Gerechtigkeit. Mit der Geburt der zweiten Republik wurde offensichtlich, dass die Justiz zu denjenigen Institutionen gehört, an denen die Demokratie in Mali am meisten krankt. Ihre Neuordnung war deshalb laut angekündigt worden.

Das Volk jubelte über erste Verhaftungen und die Verhängung von Sanktionen gegen Mitglieder des Justizapparates. Der Jubel war allerdings von kurzer Dauer. Der Herausforderer der herrschenden Klassenjustiz war Mohamed Aly Bathily; vielleicht ein aufrechter Mann, der im Kampf um die Justizreform jedoch das nötige strategische Gespür vermissen ließ. Sein schwerster Fehler war es, sich unter den wenigen aufrechten Richtern und Staatsanwälten keine Verbündeten zu suchen. Indem er versuchte, die Reform ganz allein durchzudrücken, isolierte er sich. Auch in der Öffentlichkeit verlor er angesichts der schlechten Koordination und der mangelnden Durchschlagskraft seiner Reform rasch an Rückhalt. Der politischen Klasse missfiel das Projekt hingegen zutiefst, widersprach es doch diametral ihren vitalen Interessen. Also ließ man die alten Kontakte zwischen Politik und Justiz spielen, um die angekündigte Reform so zu guter Letzt doch noch zu verhindern. Isoliert und ohne die Rückendeckung der Regierung wurde Bathily schließlich in die Enge getrieben und den Medien zum Fraß vorgeworfen. Sein Rücktritt wurde mit großer Erleichterung aufgenommen und der Justizapparat hat nun endlich wieder Ruhe und das Projekt der Korruptionsbekämpfung darf, dank des Durchgreifens von Politik und Justiz, weiter seinen Dornröschenschlaf schlafen.

Die politische Ökonomie Malis zu verstehen, heißt zu begreifen, dass die Korruption darin keinen Unfall und auch keine Randerscheinung darstellt. Sie ist integraler Bestandteil des Systems. Sie durchzieht alle Sphären und Institutionen der Republik. Sie ist der Zement, der Politik und Geschäftswelt zusammenhält. Sie ist die Hauptschlagader eines räuberischen Systems, welches die Eliten mit wohlwollender Duldung der internationalen Geldgeber installiert haben. Letztere machen sich unsere Politiker mit ihren Geldern gefügig. Unter diesen Bedingungen hat der Kampf gegen die Korruption keine Chance, weil es ihn unter den aktuellen politischen Eliten gar nicht gibt, denn er würde die ureigene Natur, des so sorgsam konfigurierten Staatsapparates in Frage stellen. Wenn der Eintritt in die Politik in Mali zum Königsweg geworden ist, um sich illegal zu bereichern, folgt daraus nicht die Notwendigkeit den Staat völlig neu zu begründen?

LEID UND HOFFNUNGSLOSIGKEIT

Genau wie das politische Klima ist auch die wirtschaftliche Situation weit davon entfernt sich zu bessern. Selbst wenn die wachsende Unsicherheit mittlerweile sogar in der Hauptstadt zu spüren ist, erklärt das nicht die schlechte Wirtschaftslage überhaupt – natürlich trägt die grassierende Korruption auch hier ihren Teil dazu bei. Die öffentliche Hand leidet an gesunkenen Steuereinnahmen. Die Geldgeber haben ihre Dar-

lehen und Subventionen eingefroren und fordern Sparmaßnahmen. Aber gilt ihre Sorge wirklich dem Allgemeinwohl? Sollte nicht alle Anstrengung der Aufrechterhaltung der staatlichen Souveränität gelten?

Die missliche Wirtschaftslage ist im täglichen Überleben der Bevölkerung inzwischen überall präsent. Die Ausbreitung des informellen Sektors ist das sichtbarste Zeichen. Der Schwarzmarkt floriert. Der Selbsterhaltungstrieb scheint zum alleinigen Motor der nationalen Wirtschaft geworden zu sein. Der Lohnarbeitssektor ist größtenteils zusammengebrochen. Im Norden des Landes hat die chronische Unsicherheit die Viehzucht, die wichtigste Lebensgrundlage in der Region, ruiniert. Der Exodus der Bevölkerung in die Flüchtlingscamps der Anrainerstaaten hat den Ackerbau hart getroffen. Selbst der Handel leidet. Weiter im Süden erschweren zunehmend Straßenräuber und Wegelagerer aller Art den Zugang zu den Wochenmärkten. In grenznahen Städten und Gemeinden haben sich Milizen zur Selbstverteidigung gebildet, manche von ihnen haben sich mittlerweile jedoch selbst zu Schutzgelderpressern gemausert.

Die Privatisierung von Ackerflächen führt inzwischen zu gewaltsamen Bauernprotesten wie in Baguinéda am 6. März und 3. Juli 2014. Der einzige Wirtschaftssektor, der noch funktioniert, ist der Export von Bodenschätzen. Inmitten der Krise erfreut er sich einer Hochkonjunktur, entzieht sich aber immer mehr der Kontrolle eines Staates, der zu schwach und zu korrupt ist, um eine angemessene Überwachung zu gewährleisten. Dies fand seinen traurigen Höhepunkt am 3. und 14. Juli 2014, als die anhaltenden Proteste in den Bergbaugebieten in blutige Zusammenstöße zwischen Schürfern und Sicherheitskräften mündeten.

Auch in den Städten bedroht die Armut immer mehr Menschen. Die Unsicherheit wächst. Das übertrieben harte Durchgreifen der Behörden trägt kaum zur Beruhigung der Lage bei, weil Schutzgelderpressung mittlerweile auch in den Sicherheitsapparaten um sich greift.

WELCHE ZUKUNFT FÜR MALI?

Gegen das Zusammenbrechen des Staates wurde bisher nicht das Geringste unternommen. Die politische Elite wiegt sich in der Sicherheit ausländischer Militärpräsenz und tut so, als ob nichts wäre. Zur traditionellen Gleichgültigkeit der politischen Klasse kommt der schlechte Zustand der Zivilgesellschaft. Der militärische Zusammenbruch bereitet der Religion den Boden, die sich selbst zur letzten Zuflucht erklärt hat. Doch der Wandel der religiösen Strukturen offenbart auch die Interessenkonflikte, die individuellen Ambitionen und das politische Kalkül. Durch die Ausbreitung religiöser Gemeinschaften und Sekten steigt die Gefahr eines religiös motivierten Bürgerkrieges.

Die Krise in Mali wird immer komplizierter und das politische und soziale Vakuum lässt sie von Tag zu Tag gefährlicher werden. Nichts ist mehr auszuschließen. Angesichts der Verzweiflung und der Perspektivlosigkeit der Jugend verstärkt sich die soziale Unruhe und droht ins Chaos zu münden. Losgelöst von der Realität, scheint die herrschende Klasse nicht dazu bereit die Initiative zu ergreifen. Der Ausbruch von offener Gewalt ist nur noch eine Frage der Zeit. Diese wird in jedem Fall unkontrollierbar sein und unter Umständen in einen faschistischen Putsch münden. Ein solcher droht, ohne dass er westliche Interessen berühren würde, auf den Beifall einer Bevölkerung zu stoßen, die des Chaos und der Tatenlosigkeit des Staates längst überdrüssig ist.

Nur eine zivilgesellschaftliche Initiative für eine nationale Bestandsaufnahme der sozio-ökonomischen Lage (assises nationales souveraines) könnte dies noch verhindern. Vom Ausland vorgeschlagene Mittel werden die Probleme nicht langfristig lösen können. Nur ein souveräner Diagnose- und Entscheidungsprozess, angestoßen durch die gesellschaftliche Basis, kann Mali aus der aktuellen Sackgasse herausführen. Es obliegt den Bewohnern Malis allein unter voller Teilhabe und Souveränität sowie Selbstverantwortung, in ihren jeweiligen Gemeinschaften über ihr Schicksal zu entscheiden. Ein neues Mali aufzubauen ist jetzt die einzige Hoffnung.

Issa N'Diaye – ist Professor der Philosophie an der Universität Bamako/Mali und Präsident des Forum Civique, Mali; der Artikel wurde im Frühjahr 2015 verfasst und wird demnächst in einer Publikation des RLS-Büros in Dakar auf Englisch und Französisch erscheinen.

Aus dem Französischen übersetzt von Max Vogel